



Gemeinderat

Gemeinde Buchegg

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 13. März 2017, 19:00 bis 21:50 Uhr
im Gemeinderatszimmer, Mühledorf

Vorsitz: Meyer Verena, Gemeindepräsidentin

Anwesend: Stutz Thomas
Anderegg Sabine
Frenzer Guido
Isch Christoph
Mann Alexander
Marti Samuel
Rufer Kurt
Stuber Kurt
Thomi Anita

Entschuldigt:

Protokoll: Seiler Daniela

Gäste Gemeinderat Lüterswil-Gächliwil: Kurt Burkhalter, Silvia Stöckli, Daniela Geigele, Ciryll Schildknecht, Nadia Mollet
Geschäftsführer Repla: Roger Siegenthaler

Traktanden

1. Begrüssung
2. Bucheggberg-Net AG
 - a) Diskussion mit Gemeinderat Lüterswil
3. Protokollgenehmigung
4. Rückkommen Repla DV (Referent: R. Siegenthaler)
 - a) Projektantrag Spitex
 - b) Projektantrag Arbeitszonen
 - c) Budget 2017
5. Sicherheitskonzept Gemeindehaus
6. Unterhalt Privatstrasse Rebbegg in Kyburg-Buchegg (G. Frenzer)
7. Mitteilungen
8. Verschiedenes
9. Pendenzen

1. Begrüssung

V. Meyer begrüsst alle Anwesenden insbesondere die Gemeinderätinnen und –räte von Lüterswil-Gächliwil: Herr Kurt Burkhalter, Frau Silvia Stöckli, Frau Daniela Geigele, Frau Nadia Mollet und Herr Cyrill Schildknecht.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

2. Bucheggberg-Net AG a) Diskussion mit Gemeinderat Lüterswil

Nicht öffentliches Traktandum

3. Protokollgenehmigung

Th. Stutz bringt diverse orthographische Korrekturen an.

Seite 3 - Traktandum 4 – Ziffer 5: Der Beschluss wird wie folgt geändert

„Beschluss:

- Bei der Zustimmung des Budgets enthalten ->3 Ja Stimmen
- Budget genehmigen -> 2 Ja Stimmen
- Budget ablehnen -> 3 Ja Stimmen“

Seite 4 – Traktandum 5: Der Beschluss fehlt:

„Der Gemeinderat verzichtet einstimmig auf ein Dialogverfahren mit der Post.“

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom Montag, 27. Februar 2017 mit 8 Ja Stimmen und zwei Enthaltungen infolge Abwesenheit.

4. Rückkommen Repla DV (Referent: R. Siegenthaler) a) Projektantrag Spitex b) Projektantrag Arbeitszonen c) Budget 2017

Der Entscheid an der letzten Gemeinderatsitzung bezüglich der bevorstehenden Delegiertenversammlung der Repla hat grosse Wellen geworfen. Aus diesem Grunde hat V. Meyer einen Rückkommensantrag traktandiert und dazu Roger Siegenthaler, Geschäftsführer der Repla, eingeladen. Roger Siegenthaler wird zu den Themen „Projektantrag Spitex“ und „Innostep – Wirtschaftsförderung als Repla Thema“ detaillierte Erläuterungen abgeben.

„Projektantrag Spitex“

Die Repla wurde vor die Tatsache gestellt, dass die Spitex Bucheggberg mit der Spitex Aare-Nord fusionieren will. Innerhalb der Repla waren weitere oder andere Fusionen geplant im Wasseramt und in Lebern. Total befinden sich 41 Gemeinden im Repla Gebiet und rund zehn davon können über die Spitex Auskunft geben. Es sind dies die Gemeinden, welche über eine vollamtliche Verwaltung verfügen. Aus diesem Grunde ist die Spitex an die Repla gelangt und die Repla soll Daten aufbereiten, welche detailliert aufzeigen wie die Spitexorganisation funktioniert und aufgebaut ist. Die Aufgabe der Repla ist es auch mögliche Synergien aufzuzeigen für bevorstehende Spitex-Fusionen. Parallel dazu erarbeitet der VSEG einen Leistungsauftrag, welcher aufzeigt, was eine Spitex leisten muss und was freiwillig ist. Die Gemeinden sollen wissen, wofür die jährlich rund Fr. 600'000 Beiträge gebraucht werden. Es geht nicht darum zu sparen, sondern es werden Synergien gesucht, welche die Kosten reduzieren oder optimieren. Aus diesem Grund ist der Antrag des Repla Vorstandes entstanden dieses Projekt zu unterstützen und zu genehmigen.

Für Th. Stutz stellt sich die Frage, warum die Spitex diese Daten nicht liefern kann, wofür Leute aus der Repla mit diesen Aufgaben belangt werden. Für Ch. Isch ist die Leistungsvereinbarung des VSEG kein Novum, es sind nur die Tarife, welche neu vereinbart wurden. Es fragt sich nur, ob und welche Spitexvereinigung diese Tarife einhalten kann.

K. Stuber versteht nicht warum ein Rückkommensantrag gestellt wird. Anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung wurde ein Entscheid gefällt. Auch S. Marti und Ch. Isch stehen dem Rückkommensantrag kritisch gegenüber. V. Meyer erläutert, dass die Repla neue Informationen und Grundlagen für die Entscheide geliefert hat.

Ch. Isch möchte wissen, was die Gemeinde aus diesem Projekt bekommt? R. Siegenthaler zeigt auf, dass detaillierte Zahlen und Fakten geliefert werden. Beispielsweise wie viele Personen bei der Spitex arbeiten, wie viele Personen gepflegt werden, wie viele Psychiatrische Dienste in Anspruch genommen werden etc. Die Spitex Aar Nord und die Spitex Bucheggberg arbeiten bereits zusammen, aber der Projektantrag prüft auch andere mögliche Fusionen.

Antrag

V. Meyer beantragt dem Projektantrag Spitex zu Händen der Delegiertenversammlung der Repla zuzustimmen, damit bessere Entscheidungsgrundlagen für mögliche Spitex-Fusionen vorliegen.

Beschluss

Der Gemeinderat lehnt den Antrag mit 6 Nein- und 4-Ja Stimmen ab.

Projektantrag „Arbeitszonen“

Die Gemeinde Luterbach ist mit dem Antrag an die Repla gelangt zu prüfen, ob die Wirtschaftsförderung durch die Repla für das ganze Repla-Gebiet gemacht werden kann. Die Repla empfiehlt diesen Antrag abzulehnen, weil die Wirtschaftsförderung übergeordnet vom Kanton wahrgenommen wird. Als Alternative wird ein Vorschlag für planerische Aktivitäten der Repla gemacht: Projekt „Arbeitszonenbewirtschaftung“. R. Siegenthaler erläutert das Projekt:

Gemäss dem kantonalen Richtplan wird in den nächsten 15 Jahren kein Land eingezont. Die Idee des Projektes ist, dass Grundstücke in einer Gemeinde der Repla-Region aus der Bauzone ausgezont werden zu Gunsten von neu einzuzonenden Arbeitszonen. Die Auszonung würde entsprechend entschädigt. Zudem würde die auszonende Gemeinde mittels Vereinbarung am Steuersubstrat, das die neue Arbeitszone (Bauzone) einbringt, mitbeteiligt. So würde nicht nur der Baustandort profitieren.

K. Rufer findet die Idee des Projektes grundsätzlich sehr gut, fragt sich, ob die Gemeinde Buchegg an dieser Zusammenarbeit teilhaben und entsprechend profitieren könnte. Er ist der Ansicht, dass Buchegg nicht über dieses Potential verfügt, da wir ja fast keine unbebauten Bauzonen mehr haben.

A. Thomi versteht nicht, wie das ganze funktionieren soll: einerseits will man Arbeitsplätze in der Gemeinde schaffen und Industrie- und Gewerbeland in der Gemeinde behalten. Jetzt soll man Gewerbeland verkaufen bzw. abtauschen.

S. Marti zeigt Beispiele auf, dass ein Kleingewerbe im Buchegg absolut funktioniert. R. Siegenthaler spricht aber nicht von KMU's sondern von grossem Gewerbe. Die Idee ist, wenn Buchegg die Arbeitsplätze nicht bieten kann, dann könnten wenigstens Steuereinnahmen generiert werden, sofern wir gewillt sind Bauzonen auszonieren.

Für den Gemeinderat Buchegg ist kein direkter Nutzen sichtbar. Man ist gegenüber diesem Projekt eher negativ eingestellt.

Antrag

Der Antrag der Gemeinde Luterbach an den Vorstand der Repla bezüglich der Wirtschaftsförderung ist abzulehnen.

Beschluss

Der Gemeinderat lehnt den Antrag von Luterbach mit 9 Ja Stimmen und einer Enthaltung ab.

Antrag Alternativer Vorschlag für Aktivitäten der Repla: Projekt „Arbeitszonenbewirtschaftung“

Beschluss

Der Gemeinderat lehnt den Antrag mit 5 Nein und 4 Ja Stimmen bei einer Enthaltung ab.

V. Meyer bedankt sich bei R. Siegenthaler für die fundierten Informationen und verabschiedet ihn.

5. Sicherheitskonzept Gemeindehaus

Ausgangslage

Anfangs Januar 2017 wurde in einer Sonntagnacht in der Gemeindeverwaltung eingebrochen. Die Polizei hat vor Ort die Spurensicherung vorgenommen. Der Sachschaden (defekte Türen und Schlösser, zerschellte Lampen, defekte Schränke) belief sich auf mehrere tausend Franken. Dazu kam der finanzielle Schaden, waren doch zu dieser Zeit viele Autobahnvignetten in einem der Schränke versteckt, plus Briefmarken und einige tausend Franken Bargeld.

Der Schaden wurde umgehend der Versicherung mitgeteilt.

Das Personal war beschäftigt mit Aufräumarbeiten, der Schalter musste weiterfunktionieren. Die Mitarbeiterinnen waren verunsichert und befürchteten, dass nun auch am Tag Überfälle passieren könnten.

Nächste Schritte

Der angeforderte Spezialist der Kantonspolizei machte eine Gratisberatung und durchforstete das gesamte Gebäude nach möglichen Sicherheitsmängeln.

Man stellte folgende Mängel fest:

- Türen ohne korrekte Panikschlösser
- Türen mit vorstehenden Schlössern
- Fenster ohne jeglichen Sicherheitswiderstand auf der Ostseite (Friedhof)
- Fenster auf mit geringem Sicherheitswiderstand auf der West- und Nordseite
- Mangelhafte Beleuchtung des Gebäudes (Schockbeleuchtung)
- Sabotage im Keller ein Kinderspiel
- Keine Alarmanlage im Gebäude
- Keine Sirene aussen am Gebäude
- Kein Personenschutz an Theke und Pulten (stiller Alarm)

Kurzfristig wurden folgende Änderungen vorgenommen:

Licht beim Postelement immer löschen, Rollläden bei den Fenstern abends schliessen, um die Sicht in den Raum zu verhindern.

Das Bargeld der Kasse wird über das Wochenende der Bank übergeben.

Die Registrierkasse wurde schon vor dem Einbruch abends geleert und die Schublade geöffnet.

Offerten einholen

Nach der neutralen Beratung durch die Kantonspolizei wurden bei drei Spezial-Firmen und zwei Handwerkern, Offerten für mögliche Sicherheitsnchrüstungen eingeholt.

Auf dem immer gleich durchgeführten Rundgang und machten die Firmen / Handwerker ihre Empfehlungen.

Hinweis: Das Gebäude wird abends von Kommissionen, Vereinen, Bürgergemeinden und Privaten genutzt.

Unregelmässige Belegung der Räume von unterschiedlicher Dauer. Eine Häufung von Fehlalarmen ist zu vermeiden.

Umsetzung möglicher Verbesserungen

Panikschlösser

Haupttüre Nord, Türen zum Gemeindesaal Eingang von innen und neuer Eingang (Anbau), plus optimieren der Schlösser, so dass diese nicht mehr vorstehen.

Der Anbau bleibt offen, für Kirchgänger, Vereine, Kommissionen etc.

Schockbeleuchtung

- Südseite – Verzicht (verbessert nur die Sicht f. Einbrecher)
- Westseite – Verzicht (Einbrecher durch Autoverkehr gestört)
- Nordseite – evtl. einrichten
- Ostseite – Verzicht (Friedhof, kein Nutzen)

Fenster

keine Sicherheitsmassnahmen (zu teuer im Verhältnis zum Nutzen)

Alarmanlage

In Bauverwaltung, Finanzverwaltung, Gemeindeschreiberei (ohne Gänge und Treppenhaus)

- Scharf stellen ab einem bestimmten Zeitpunkt oder beim Schliessen der Verwaltung
- Zentrale in der Gemeindeschreiberei
- Innensirene
- Aussensirene mit Blinklicht

Benachrichtigung, zwei Systeme

via Funk an eine Zentrale oder via Natel an eine bestimmte Folge & Anzahl von Personen, oder ebenfalls direkt an eine Firma.

Wird eine externe Firma informiert, hat dies Abonnementkosten zur Folge, ist aber professionell und funktioniert immer.

Interne Personen-Alarmierung hat den Nachteil, dass bei Wechsel in Verwaltung und Exekutive die Nummern immer a jour zu halten sind. Sind Personen in einem Gebiet mit schlechtem Natel-Empfang kann die Alarmierung im schlimmsten Fall ins Leere laufen.

Offertvergleich

Folgt an der nächsten Sitzung.

Antrag

- a) Zustimmung zu einer Alarmanlage in Bauverwaltung, Finanzverwaltung und Gemeindeschreiberei und Keller (Sicherungskasten, Computer), ohne Archiv!
- b) Zustimmung zur Optimierung der Türschlösser bei Haupttüre Nord und Türen zum Gemeindesaal.
- c) Zustimmung zu Aussenblinklicht und Sirene.
- d) Verzicht auf Schockbeleuchtung.
- e) Auftragsvergabe der Punkte a – c an der nächsten Sitzung.

S. Marti stellt den Antrag, dass für das Verwaltungspersonal ein Notfallknopf eingerichtet wird.

Für S. Marti ist eigentlich die Schockbeleuchtung eigentlich das wichtigste, das kann er aus eigener Erfahrung bestätigen. Dennoch wäre es wichtiger, dass für das Verwaltungspersonal ein Notfallknopf eingerichtet wird. Das bietet mehr Sicherheit. Auch ein Alarm ist mehr Wert als eine Schockbeleuchtung.

Beschluss

- a) Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben einstimmig zu.**
- b) Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben einstimmig zu.**
- c) Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben einstimmig zu.**
- d) Der Gemeinderat beschliesst einstimmig, dass auf die Schockbeleuchtung verzichtet wird.**
- e) Der Gemeinderat ist mit dem Vorgehen einverstanden, dass die Auftragsvergabe an der nächsten Sitzung erfolgt.**

Zusatzantrag von S. Marti

Notfallknopf für das Verwaltungspersonal.

Beschluss Zusatzantrag

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von S. Marti einstimmig zu.

6. Unterhalt Privatstrasse Rebberg in Kyburg-Buchegg (G. Frenzer)

Ausgangslage

Im Zusammenhang mit dem Winterdienst wurde H.K. diesen Winter mitgeteilt, dass er entsprechend für den Winterdienst für seine Zufahrt zum Haus (Liegenschaft GB Nr. 168) zuständig ist, d.h. bei der weiteren Durchführung durch die Gemeinde eine Rechnung gemäss dem vorgesehenen Tarif ausgestellt wird. Herr K. hat uns daraufhin anfangs Januar 2017 informiert, dass es sich zwar um einen Privatweg handelt, jedoch dazumal vertraglich festgehalten wurde, dass für den Unterhalt der Strasse die Gemeinde zuständig ist -> Vertrag über Verkehrserschliessung Rebberg vom 30.09.1986 (die entsprechenden Beilagen liegen dem Antrag bei):

→ Die Gemeinde übernimmt ab sofort den Unterhalt und die Schneeräumung

Er weist ebenfalls darauf hin, dass die Strasse in die Jahre gekommen ist, und daher entsprechende Unterhaltmassnahmen notwendig sind.

Offenbar war dazumal geplant, dass die Gemeinde nach einer Erschliessungsperiode die Strasse übernehmen würde (offenbar bestand dazumal die Idee, die Strasse auszubauen). Dies hat bis heute jedoch nicht stattgefunden. Möglicherweise kann uns Sabine mehr zu diesem Thema sagen (der Antragsteller hat diverse Meinungen gehört, kann sich aber daraus kein klares Bild machen. Der Vertrag aus 1986 ist die einzige ihm bekannte Grundlage).

Antrag an den Gemeinderat

Die Verkehrskommission beantragt basierend auf dem vorliegenden Vertrag:

- Die Gemeinde trägt wie im Vertrag festgehalten die Kosten für den Winterdienst und für den „minimalen“ Unterhalt

Der Gemeinderat entscheidet, wie es mit dem Weg vertraglich zukünftig weitergehen soll.

G. Frenzer hat die Strasse besichtigt und kann bestätigen, dass der Zustand der Strasse nicht schlecht ist. V. Meyer hat durch die Verwaltung sämtliche Unterlagen aus dem Archiv holen lassen. Ein Entscheid was mit diesen vertraglichen Regelungen geschieht, kann aus heutiger Sicht nicht gemacht werden. Die vorliegenden Unterlagen müssen zuerst durchgearbeitet werden. Eine allenfalls neue Vereinbarung muss zwingend im Grundbuch eingetragen werden. Leider kann S. Anderegg zu diesem Thema nicht mehr sagen, das geschah alles vor ihrer aktiven Zeit im Alt-Gemeinderat. Sicher ist, es wurde zu Ihrer Zeit im Gemeinderat nie diskutiert und Herr K. hat für den Winterdienst auch nie eine Rechnung bekommen.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass die Rechnung für den Winterdienst nicht der grosse Diskussionspunkt ist, diese Rechnung muss gemäss den vorliegenden Vereinbarungen storniert werden, sondern eine mögliche bevorstehende Strassensanierung. Das Traktandum wird auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

7. Mitteilungen

Nicht öffentliches Traktandum

8. Verschiedenes

Verschiedenes

- Verschiedene Einladungen liegen auf.
- 24.3. Freitagabend Einladung des BSV Bezirksschützenvereins in den Gasthof Kreuz in Mühledorf: VME kann nicht gehen, Alex Mann wird die Gemeinde vertreten.

- 27.3. ist Sitzung der Deutschlehrer, welche kostenlosen Unterricht geben – Anita geht
- V. Meyer trägt verschiedene Einladung vor.
- A. Thomi wird am 27.3. an der Sitzung teilnehmen, welche die ehrenamtliche tätigen Deutschlehrer der Asylsuchenden einberufen haben. Sie fehlt deshalb an der nächsten Sitzung.

Die nächste Sitzung findet am Montag, 27. März 2017 um 19 Uhr statt.

Für das Protokoll

Die Gemeindepräsidentin:

Die Gemeindeschreiberin:

Mühledorf, 4. April 2017